

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/007(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 23.03.2010	Altes Rathaus Alemannzimmer 3. Etage	17:00 Uhr	18:52 Uhr

### Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.11.2009
- 4 Kenntnisgabe Prüfplan 2010 gem. § 5 RPO
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Konservatorium  
Georg Philipp Telemann DS0022/10
- 5.2 Bestätigung der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen  
sowie Empfehlungen zu Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in  
der LHS Magdeburg - unter Vorbehalt Befassung im Jugendhilfeausschuss DS0402/09
- 6 Anträge
- 7 Informationen
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzender**

Schoenberner, Hilmar

**Mitglieder des Gremiums**

Rösler, Jens

Budde, Andreas

Kraatz, Daniel

Siedentopf, Uta

Bock, Andreas

Bitter, Uwe

entschuldigt

**Beratende Mitglieder**

Hörold, Helmut Dr.

**Sachkundige Einwohner/innen**

Edler, Evelyn

entschuldigt

Minkner, Armin

Wölfer, Sabine

abwesend

**Gäste**

Herr Klapperstück

AL 14

Frau Schlegel

Amt 14

Frau Steinförth

Amt 14

Frau Petzold

FB 02

Herr Dr. Keller

EBL Konservatorium

Herr Odenstein

EB Konservatorium

Herr Brüning

BG V

Frau Pawletko

Amt 51

Frau Mäder

Amt 51

Herr Berlt

Amt 51

**Geschäftsführung**

Köhls, Henriette

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Ausschussvorsitzende**, SR Schoenberner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Sitzung mit 6 beschlussfähigen Mitgliedern festgestellt. Der sachkundige Einwohner Hr. Minkner sowie das beratende Mitglied Hr. Dr. Hörold verlassen vorzeitig die Ausschusssitzung.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**SRin Siedentopf, SR Rösler und SR Budde** sprechen sich für eine Rückweisung der DS0402/09 von der Tagesordnung aus, da noch kein Beschluss vom Fachausschuss Jugendhilfeausschuss vorliegt.

**SR Budde** stellt den Antrag, die DS zum TOP 5.2 von der Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag findet mit einem Ergebnis von **5 / 0 / 1** Zustimmung im Ausschuss.

Die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung wird vorerst geändert bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0**

**BG V**, Hr. Brüning, verweist auf die Geschäftsordnung des Stadtrates die besagt, dass die Absetzung von Verhandlungsgegenständen der Zustimmung des einbringenden Amtes bedarf, hier Amt 51.

Da die DS schon im April 2010 im Jugendhilfeausschuss beschlossen werden soll, wäre eine Befassung der DS im RPB notwendig.

**AL 14** schlägt vor, dass sich der Ausschuss mit dem jetzigen Arbeitsstand der DS beschäftigt.

Aufgrund dieser Hinweisgebung findet eine erneute Abstimmung zur Tagesordnung über den TOP 5.2 statt. Die DS0402/09 wird beraten aber eine Beschlussfassung findet erst nach Positionierung des Jugendhilfeausschusses statt.

**Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0**

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.11.2009

---

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung wird ungeändert genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0**

#### 4. Kenntnissgabe Prüfplan 2010 gem. § 5 RPO

---

**AL 14** gibt Hinweise zur neuen RPO und geht auf § 5 ein welcher besagt, dass eine vierteljährliche Unterrichtung des Ausschusses über laufende Prüfungen sowie jeweils am Jahresanfang über den Prüfplan des laufenden Jahres zu erfolgen hat. Die Bekanntgabe des Jahresprüfplanes erfolgte mit der Maßgabe, dass operative Änderungen jederzeit möglich sind.

Im Einzelnen wurde informierte er über

- Unterjährige Prüfthemen,
- die Prüfung der Jahresrechnung 2009,
- die begleitende Prüfung der Eröffnungsbilanz und
- die Prüfung von Verwendungsnachweisen.

**SR Bock** stellt heraus, dass die Informationsgebung über laufende Prüfungen sich auf den Status der Prüfungen (Beginn, Ende...) bezieht und nicht auf die inhaltliche Wiedergabe.

**SR Rösler** fügt hinzu, dass die Praktikabilität abzuwarten ist.

Der Prüfplan wird dieser NS beigefügt.

#### 5. Beschlussvorlagen

---

##### 5.1. Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann DS0022/10

---

**SR Schoenberner** bitte die Anwesenden Hr. Dr. Keller, EBL Konservatorium Georg Philipp Telemann, und Herrn Odenstein um Einführung in den Jahresabschluss 2008.

**Hr. Dr. Keller** bringt die DS ein und gibt Hinweise zum Jahresabschluss 2008. Beginnend mit dem Jahr 2008 ist das Konservatorium ein Eigenbetrieb und hat eine positive Entwicklung vollzogen.

Folgende Punkte werden näher erläutert:

- Jahresüberschuss – Sonderrücklagen für Investitionen für den Einkauf von Instrumenten 50 Tsd. EUR und Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers 104,9 Tsd. EUR
- Honorarkosten: 13,8 Tsd. EUR, 125 Tsd. EUR beziehen sich auf das Kompetenzzentrum
- zweitgrößte Musikschule in Sachsen-Anhalt
- Zuwendungen des Landes betragen ca. 350 Tsd. EUR (dadurch weniger Gebühreneinnahmen)
- Investitionsstau bei Instrumenten
- Rückstellungen für das Kompetenzzentrum (8 - 9 Tsd. EUR zurückzahlen)

**SR Rösler** hinterfragt, was der Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ beinhaltet und ob die Höhe der Kosten für die Instrumentenbeschaffung, speziell für den Konzertflügel, verringert werden könnte, z. B. durch den Kauf gebrauchter Instrumente oder anderer Fabrikate.

**Hr. Dr. Keller** entgegnet, dass der besagte Konzertflügel natürlich eine gewisse Qualität (Klangschattierung etc.) aufweisen muss. Die Beschaffung eines gebrauchten Exemplars wurde in Erwägung gezogen, konnte allerdings nicht realisiert werden. Die Kostenunterschiede zu anderen Fabrikaten oder gebrauchten Instrumenten betragen max. 10 Tsd. EUR.

**Hr. Odenstein** ergänzt, dass im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ hauptsächlich Nutzungsentgelte des KGm (Mieten, Pachten...) enthalten sind.

**SR Schoenberner** erkundigt sich nach dem Ausblick für den Jahresabschluss 2009.

**Hr. Dr. Keller** vermutet ein ähnlich günstiges Ergebnis für 2009.

Der sachkundige Einwohner **Hr. Minkner** fragt, ob eine Kostenrechnung erstellt wurde, ob es Zahlen bzgl. der Stundenkosten gibt.

**Hr. Dr. Keller** verweist auf eine DS zur Neufassung der Gebührensatzung, die voraussichtlich am 22.04.10 im SR beschlossen werden soll. Hier sind Kennzahlen enthalten, die z. B. darstellen, was ein einzelner Schüler in einem Jahr an Kosten verursacht.

Gemäß Beschlussvorschlag wird die vorliegende Drucksache zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 0**

5.2.	Bestätigung der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen sowie Empfehlungen zu Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in der LHS Magdeburg - unter Vorbehalt Befassung im Jugendhilfeausschuss	DS0402/09
------	---	-----------

---

**Herr Brüning** gibt folgende Hinweise zum Entwurf der Finanzierungsrichtlinie Kitas:

- seit 2005 33 Träger
- in der Vergangenheit differenzierte Finanzierungssysteme
- Schaffung einheitliches Finanzierungssystem - Entscheidung Stadtrat
- Auslaufen der Verträge Ende 2008 bzw. Ende 2009
- Trägergespräche – Ergebnis: Mischfinanzierung
- bis 5 % der Gesamtkosten Kostenbeteiligung durch die Träger (KiFöG)
- kein Anstieg der Elternbeiträge
- Umfrage bei Trägern bzgl. der Finanzierungsrichtlinie
- Kernprobleme: Wirksamwerden der Richtlinie, Eintreiben der Elternbeitragsschulden durch die Verwaltung, Verwendung der Rücklagen, öff. Darlehen der Gesamtfinanzierung

Der OB hat die DS Anfang Dezember 2009 bestätigt. Der Stadtrat soll im April 2010 seine Zustimmung geben.

**Fr. Pawletko**, Amt 51, stellt den jetzigen Stand der Finanzierungsrichtlinie anhand einer Präsentation vor.

Folgende Punkte werden näher erläutert:

- Entwicklung der Richtlinie
- Säulen der Kita-Finanzierung nach §§ 11 und 13 KiFöG LSA: Landeszuweisungen, zweckgebundene Zuweisung der Stadt, Eigenanteil und Elternbeiträge
- Finanzierungsgrundlage: Richtlinie und darauf gründende Bescheide
- Finanzierungsmodell: Mischfinanzierung
- Vorzüge der Mischfinanzierung: Qualitätssicherung durch Förderung des pädagogischen Personals, Möglichkeit der Rücklagenbildung eingeschränkt
- Personalkostenprognose 43,9 Mio. EUR
- Verzicht der LHM auf Eigenanteil von 5 % der Kosten für pädagogisches Personal: ca. 2,2 Mio. EUR (freiwillige Ausgaben in der Phase der Haushaltskonsolidierung)
- Rücklagenbildung der Träger minimiert
- Ziel: dezentrale Ressourcenverantwortung stärken, Verwaltungsvereinfachung, keine Erhöhung der Elternbeiträge (Anpassungsmöglichkeit an Sachkostenbedarfe, pädagogische Vielfalt, Kostentransparenz)
- Gegenüberstellung der Sicht der Träger und Sicht der Verwaltung (aber auch zwischen den Trägern herrscht keine einheitliche Meinung)

Strittige Themen:

- Implementierung der Finanzierungsrichtlinie zum 01.01.2010 oder 01.01.2011
  - Abzug tatsächlicher Elternbeiträge – Einnahmeverluste der Träger aus Zahlungsrückständen von Beitragsschuldnern soll Stadt ausgleichen
  - Ausweisung der Einnahmen für integrative Plätze
  - Darstellung des 5 %igen Eigenanteils an den übrigen Kosten in der summarischen Kostenübersicht
- Abstimmung der DS im Jugendhilfeausschuss am 15.04.2010 vorgesehen

**SR Kraats** fragt, ob eine Aufschlüsselung der Finanzierung integrativer Plätze durch das Land möglich ist.

**Fr. Pawletko** entgegnet, dass das Land keinen Überblick über die Gesamtkosten hat.

**SR Bock** erkundigt sich nach Trägern mit integrativen Ansprüchen und der Rücklagenbildung.

**Fr. Pawletko** weist darauf hin, dass 11 Einrichtungen von 5 Trägern mit integrativen Ansprüchen geführt werden. Der Mindestelternbeitrag ist ausschlaggebend für die Rücklagenbildung.

**SR Rösler** schlägt vor, wenn die DS in der nächsten Sitzung auf der TO des RPB steht, BG I einzuladen um rechtliche Auskünfte zu erhalten z. B. über das Wirksamwerden der Richtlinie.

**SR Kraats** hinterfragt die 5%-Klausel (Trägeranteil).

**Fr. Pawletko** erklärt, dass der Eigenanteil von den Trägern zu erbringen ist. Manche Träger sind mit diesen 5 % Eigenanteil klar überfordert.

**SRin Siedentopf** fragt bzgl. der Rücklagenbildung (Auskunft an Amt 51), ob die Grenze von 2000 EUR nicht zu niedrig angesetzt ist.

**Fr. Pawletko** merkt an, dass eine Grenze von 1000 EUR seitens der Verwaltung vorgeschlagen wurde, im Jugendhilfeausschuss wurde sich dann auf 2000 EUR geeinigt. Dies gilt jedoch nur für das bewegliche Anlagevermögen, also die Beschaffung von Gegenständen (ohne Folgekosten).

**Hr. Brüning** weist darauf hin, dass es andere Probleme bzgl. der Rücklagen gibt. Das Amt 51 möchte ein Mitspracherecht über die Rücklagenbildung um einen Überblick über die sachgerechte Mittelverwendung zu bekommen. Die Rücklagen sollten ausschließlich den Kindern zugute kommen.

Die Bestätigung der DS wird auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Es wird ein zusätzlicher Termin (voraussichtlich am Di. 20.04.10.) benötigt, da der reguläre Termin erst nach der SR-Sitzung im April datiert ist.

## 6. Anträge

---

keine

## 7. Informationen

---

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass voraussichtlich in der nächsten regulären Sitzung Erläuterung der Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses evt. durch AL 14 erfolgen.

## 8. Verschiedenes

---

-

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hilmar Schoenberner  
Vorsitzender

Henriette Köhls  
Schriftführerin